



**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**  
Unterbezirk Bremen-Stadt

# **Unterbezirksparteitag**

## **11. April 2013**

# **Beschlüsse und überwiesene Anträge**

**Bürgerzentrum Neue Vahr, Bremen**

**Beschlüsse und überwiesene Anträge**  
**Unterbezirksparteitag, 11. April 2013**

**Beschlüsse:**

- A 02/2013    **Änderung der Satzung des Unterbezirks Bremen-Stadt**
- A 03/2013    **Sozialdemokratische Bildungspolitik**
- A 10/2013    **Erarbeitung eines abfallwirtschaftlichen Standortkonzepts für die  
Stadtgemeinde Bremen**

**An den nächsten Landesparteitag (27. April 2013) gestellte Anträge:**

- A 01/2013    **Verlässliche Investitionsplanung für die öffentliche Infrastruktur**
- A 07/2013    **Zukunftswerkstatt Europa**

**An den Parteivorstand überwiesene Anträge:**

- A 04/2013    **SPD wendet sich gegen eine Reform der Prozesskostenhilfe**  
Überwiesen: SPD-Parteivorstand

**An die Bürgerschaftsfraktion/an den Senat überwiesene Anträge:**

- A 05/2013    **Abschaffung der Entgelte für weiterbildende Masterstudiengänge**  
Überwiesen: SPD-Bürgerschaftsfraktion
- A 06/2013    **Mindeabstände für Belastende Betriebe**  
Überwiesen: SPD-Bürgerschaftsfraktion
- A 11/2013    **Besserer Brandschutz für Wärmedämmverbundsysteme**  
Überwiesen: SPD-Bürgerschaftsfraktion

**Beschlüsse**

## Überarbeitung und Weiterentwicklung der Satzung des Unterbezirks Bremen-Stadt

Der Unterbezirksparteitag fordert den Vorstand des SPD-Unterbezirkes Bremen-Stadt auf, auf dem kommenden Unterbezirksparteitag, noch in diesem Jahr, einen Antrag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, der eine Überarbeitung und Anpassung der Satzung des Unterbezirkes Bremen-Stadt beinhaltet.

Dabei sollen folgende Punkte insbesondere berücksichtigt werden:

- Die organisatorische Weiterentwicklung der Partei auf Bundes- und Landesebene.
- Die aktuellen vereinheitlichenden und rahmensetzenden Verfahrensvorschläge für die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Bürgerschaftsliste und für die Beiratslisten auf Landesebene.
- Die Konkretisierung dieser Verfahren auf Ebene des Unterbezirks.
- Die Weiterentwicklung des (personalisierten) Wahlrechtes in Bremen.
- Die Stärkung der Beteiligung von Frauen.
- Die Aktualisierung von Verfahrensfragen für Parteitage.
- Die Absenkung der Hürden für Mitgliederentscheide.
- Diskutiert werden soll auch eine mögliche Abschaffung des Delegiertenprinzips für Unterbezirksparteitage zugunsten von Mitgliederversammlungen.

Die aktuell vorliegenden und an den Unterbezirksvorstand überwiesenen satzungsändernden Anträge **A5/2012** „Zusammensetzung des Unterbezirksvorstands laut Satzung; Anteil der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger inklusive Deputierte“ und **A15/2012** „Die Dauer der Abgeordnetenmandate der Bremischen Bürgerschaft auf zwei Wahlperioden begrenzen“, beide eingebracht aus dem Ortsverein Gartenstadt Vahr, werden in die Diskussion mit einbezogen.

Ggf. können Teile der bisherigen Satzungsvorgaben auch in eine Richtlinie aufgenommen werden.

Der Unterbezirksvorstand setzt eine allen Mitgliedern offene Arbeitsgruppe bei der Vorbereitung der Antragsbearbeitung ein.

Es ist zu prüfen, ob die Geschäftsordnung ebenfalls einer Anpassung unterzogen werden muss.

## Gute Schule für alle

„Bremen braucht Talente – von Anfang an. Bildung ist für uns mehr als bloße Gewinnung von Qualifikationen für den Arbeitsmarkt. Bildung ist der Schlüssel zu einem aktiven und selbstbestimmten Leben, zu Beschäftigung und Innovation. Bildung ist ein Schlüssel für die Entfaltung der Persönlichkeit und eine wichtige Voraussetzung dafür, dass eigene Leben gestalten zu können.“

Diese Zielsetzung aus dem Koalitionsvertrag 2011-15 steht immer noch und wieder bei Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ganz oben auf der Agenda, insbesondere jetzt im Zuge der Haushalts-Beratungen für 2014/15.

Nachdem in der letzten Legislaturperiode die Diskussion um die Schulstrukturreform (Stichwort Schulkonsens) eine wichtige Rolle gespielt hatte und diese mit dem Beschluss über das veränderte Schulgesetz abgeschlossen wurde, geht es in dieser Legislaturperiode um die Umsetzung der Schulreform und ihre inhaltliche Ausgestaltung.

Wir haben in den letzten Jahren viel erreicht. Wir haben mit Renate Jürgens-Pieper an der Spitze einen bundesweit beachteten Schulkonsens erreicht. Wir haben begonnen, das Schulsystem erfolgreich zu mehr gemeinsamen und ganztägigen Lernen umzubauen. So wurden Ganztagschulen und Oberschulen als moderne Gesamtschulen gegründet, die Schüler-Lehrer-Relation ist auf unter den Bundesdurchschnitt gesunken. Das ist vor allem gelungen, weil wir in der Regierung in den letzten Jahren auch finanzielle Schwerpunkte in die Bereiche Bildung, Kinder und Jugend gesetzt haben. Durch Umsteuerung in diese Bereiche hat die rot-grüne Regierung in den Jahren 2007-11 und 12/13 umfangreiche Schwerpunktmittel bereitgestellt.

Unter der angespannten finanzpolitischen Rahmenbedingungen eines Haushaltsnotlagelandes müssen wir große Anstrengungen unternehmen, um unsere wichtigen Bildungspolitische Ziele weiterzuführen. Wir werden den eingeschlagenen Weg nicht verlassen, aber die einzelne Bausteine möglicherweise langsamer und gezielter einsetzen. Dazu ist es unumgänglich, dass wir gezielt Prioritäten setzen.

Deshalb stellt der Unterbezirksparteitag Bremen-Stadt fest und fordert die Bürgerchaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auf, entsprechend der folgenden Grundsätze zu handeln:

**1)** Bildung, Kinder und Jugendliche werden weiterhin wichtige Schwerpunkte der Regierung in dieser Legislaturperiode bleiben. Wir setzen die Schulreform (Sprachförderung, Ausbau des Ganztagsunterrichts, Weiterführung der Inklusion, Stärkung der Oberschulen) weiter fort. Der überparteiliche Schulkonsens und dessen Umsetzung muss weiter finanziell abgesichert werden.

**2)** Für Grundschulen in Ortsteilen mit besonderem Förderbedarf bzw. mit Schülerinnen und Schülern, die überwiegend in Ortsteilen mit besonderem Förderbedarf wohnen, aber bislang noch nicht Ganztagschulen sind, müssen Übergangslösungen finanziert werden wie z. B. die Unterstützung bei Hausaufgaben und die Organisation eines Mit-

tagstisches. Die längeren Lern- und Betreuungszeiten verbessern die sprachliche Qualifikation und die Integration.

**3)** Gerade bei enger werdenden finanziellen Spielräumen ist eine transparente Nachvollziehbarkeit der Entscheidungsgrundlagen und Prioritätensetzungen (Stellen- und Stundenzuweisungen, Abordnungen, Kapazitätsgrenzen und Klassengrößen) und die Kooperation aller Beteiligten (Schüler und Schülerinnen, Lehrkräfte, Eltern, Bildungsverwaltung) unabdingbar.

**4)** Nachdem wir feststellen können, dass sich die neue Schulstruktur über wiegend mit mehr Ganztagschulen und Oberschulen als moderne Gesamtschulen bewährt hat, setzen wir einen Schwerpunkt jetzt auf die Weiterentwicklung der Qualität der Unterrichtsversorgung.

**5)** Die bisherigen Schwerpunktmittel der Bereiche Bildung, Kinder und Jugend müssen im Zuge der Haushaltsberatungen mit Aufwachsen der Projekte verstetigt werden. Die Schwerpunktmittel müssen gerade bei enger werdenden Spielräumen zur Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit eingesetzt werden und deshalb vor allem in den Ortsteilen mit besonderem Förderbedarf gebündelt und gezielt eingesetzt werden.

**6)** Es muss eine ausreichende und verlässliche Grundversorgung des Unterrichts gewährleistet sein. Ohne Absicherung der Mindeststandards ist ein sinnvoller Ausbau nicht möglich. Stundenausfälle müssen die Ausnahme bleiben. Der Vertretungsunterricht ist sicherzustellen.

**7)** Die Fortsetzung der Einführung des inklusiven Unterrichts darf nicht gefährdet werden. Ein ausreichender und wenn nötig auch zeitweise gesonderter Unterricht verhaltensauffälliger Kinder ist für die Akzeptanz des inklusiven Unterrichts insgesamt erforderlich. Die hierfür bereit gestellten Ressourcen reichen offensichtlich nicht aus. Die SPD Bremen-Stadt erwartet hier eine angemessene Nachbesserung. Ein Runder Tisch Inklusion kann der gemeinsamen Problemlösung dienen und die gesellschaftlichen Akzeptanz unterstützen.

**8)** Der Ausbau des Ganztagsunterrichts in quantitativer wie auch qualitativer Hinsicht wird schrittweise fortgesetzt. Dabei legen wir Wert auf die gebundene Form. Ganztägiges Lernen ist eines der Schlüsselthemen zum Erreichen von Chancengleichheit im Bildungssystem.

Ein mittel- und langfristiger Masterplan Ganztagsunterricht soll die Meilensteine und Schritte des Ausbaus als verlässliche Planungsgrundlage darstellen.

**9)** Auf Bundesebene fordert die SPD Bremen-Stadt die Aufhebung des Kooperationsverbotes des Bundes. Gute Bildung und Teilhabe ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, mit der die Kommunen nicht alleine gelassen werden dürfen.

**Erarbeitung eines abfallwirtschaftliches Standortkonzepts für die Stadtgemeinde Bremen**

Der Unterbezirksparteitag Bremen-Stadt fordert die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Senatsmitglieder auf, sich zeitnah dafür einzusetzen:

1. Erarbeitung und Vorlage eines Abfallentsorgungskonzeptes für die Stadtgemeinde Bremen.
2. Dabei enge Beteiligung der Beiräte am Entstehungsprozess des Abfallentsorgungskonzeptes für die Stadtgemeinde Bremen.
3. Erarbeitung des Abfallentsorgungskonzeptes unter dem Gesichtspunkt der Stadtteilgerechtigkeit.

Der Vorstand des Unterbezirkes Bremen-Stadt wird zusätzlich beauftragt, diese Forderung nach Möglichkeit gemeinsam mit dem Unterbezirk Bremen-Nord an die SPD-Mitglieder im Bremer Senat heranzutragen.

**An den nächsten Landesparteitag  
(27. April 2013) gestellte Anträge**



1 Der Unterbezirksparteitag stellt folgenden Antrag an den Landesparteitag:

### 3 **Verlässliche Investitionsplanung für die öffentliche Infrastruktur**

4  
5 Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und der  
6 Bürgerschaftsfraktion auf, im Zuge der Haushaltsberatungen für 2014/15 und der da-  
7 mit zusammenhängenden Finanzplanung eine projektbezogene mittel- und langfristi-  
8 ge ressortübergreifende Investitionsplanung vorzulegen.

9  
10 Schwerpunkte der Investitionspolitik müssen

- 11
- 12 > der Bestandserhalt der öffentlichen Infrastruktur
- 13 > werterhaltende Modernisierungen der öffentlichen Infrastruktur
- 14 > Investitionen in Projekte mit eindeutigen arbeitsplatzschaffenden Wirkungen
- 15 > die Flankierung der politischen Schwerpunkte Bildung und Kinderbetreuung
- 16 > die Sicherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge

17  
18 sein.

19  
20 Die Investitionsplanung darf sich nicht allein der Einhaltung abstrakter Investitions-  
21 quoten unterordnen. Vielmehr müssen Wege aufgezeigt werden, wie für die Attraktivität  
22 Bremens als Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsstandort zentrale Investitionen reali-  
23 siert werden können.

#### 24 Begründung:

25 Die Investitionsbedarfe in Bremen sind offensichtlich. Öffentlich thematisiert wurden  
26 etwa der Bau des Offshore-Terminals in Bremerhaven, die notwendige Sanierung und  
27 Modernisierung öffentlicher Gebäude insbesondere der Schulen und der Universität,  
28 Investitionen in die kommunalen Krankenhäusern, Modernisierung der öffentlichen  
29 Bäder insbesondere des West-Bades sowie Erneuerung oder Instandhaltung der Ver-  
30 kehrsinfrastruktur. Das sind dringende Bedarfe, die sich in den nächsten Jahren auf  
31 mehrere 100 Millionen Euro summieren, die in der bisherigen Investitionsplanung  
32 nicht oder nur zum Teil abgebildet sind.

33  
34  
35 Es handelt sich bei diesen Investitionen um wichtige Vorhaben für die Erhaltung der  
36 Attraktivität der Stadt als Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensort, die mittelfristig reali-  
37 siert werden müssen. Deswegen brauchen wir eine Neuorientierung in der Investiti-  
38 onspolitik. Keiner stellt das Ziel, ab 2020 ohne Neuverschuldung auszukommen, in Fra-  
39 ge. Das entbindet die Politik aber nicht von der Aufgabe, konkrete Überlegungen anzu-  
40 stellen, wie und in welcher Größenordnung unter Ausnutzung aller bestehender Spiel-  
41 räume wichtige Investitionsvorhaben finanziert werden können. Eine solche Planung  
42 darf sich nicht auf die nächsten beiden Haushaltsjahre beschränken, sondern muss den  
43 Zeitraum bis zum Jahr 2020 in den Blick nehmen.

44  
45 Es können für diese oder ähnliche Vorhaben auch vorhandene Finanzierungsspielräu-  
46 me genutzt werden, die durch zurzeit niedrige Zinsen oder Steuermehreinnahmen  
47 bestehen. Die mittelfristige Finanzplanung sieht einen finanziellen Puffer zwischen der

48 mit dem Bund vereinbarten Reduzierung der jährlichen Neuverschuldung und der tat-  
49 sächlich erwarteten Neuverschuldung vor, der sich von 2013 bis 2017 auf über 900 Mio.  
50 Euro addiert. Dieser Puffer wird sicherlich nicht in voller Höhe realisiert werden, son-  
51 dern muss auch zur Finanzierung bisher nicht absehbarer Haushaltsrisiken dienen. Ein  
52 Teil davon kann aber für wichtige Investitionen genutzt werden, die haushaltstech-  
53 nisch im Unterschied zu konsumtiven Ausgaben nicht fortlaufend sondern zum weit  
54 überwiegenden Teil einmalig anfallen. Zudem muss über betriebswirtschaftlich sinn-  
55 volle weitere Finanzierungswege nachgedacht werden.

1 Der Unterbezirksparteitag stellt folgenden Antrag an den Landesparteitag:

2

3

#### 4 **Zukunftswerkstatt Europa**

5

6 Der Landesvorstand der SPD-Bremen wird aufgefordert, in diesem Jahr eine Zukunfts-  
7 werkstatt zum Thema Europa durchzuführen. Dazu sollen u. a. Bremer Politikerin-  
8 nen/Politiker und Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftler eingeladen werden.

9

10 Die Ergebnisse offener Workshops und Diskussionen sollen in einem Europa-Konzept  
11 zusammengefasst und durch den Landesvorstand auf dem Landesparteitag zur Ab-  
12 stimmung gestellt werden. Abschließend soll es als Bremer Beitrag Eingang in die Pro-  
13 gramme von SPD und SPE für die Wahlen zum Europäischen Parlament finden.

14

15 Dabei stehen die Ziele, die Struktur und die Arbeitsweise einer demokratischen und  
16 sozialen Europäischen Union sowie die Herausbildung einer europäischen Öffentlich-  
17 keit im Vordergrund.

18

19

#### 20 Begründung:

21 2013 ist das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger. Im Juni 2014 steht die Euro-  
22 pawahl bevor. Wir alle wissen, dass sich die Europäische Union nicht nur in einer Wirt-  
23 schafts- und Finanzkrise, sondern auch in einer Vertrauenskrise befindet. Diese Heraus-  
24 forderungen verlangen zeitgemäße Antworten – insbesondere von der SPD.

25

26 Auch wenn das Wirtschafts- und Wachstumspaket und die Finanztransaktionssteuer  
27 auf Initiative der SPD eingeführt wurden, ist Europa weitgehend von konservativer  
28 Politik dominiert. Im Hinblick auf gemeinsame und faire Mindeststandards in den Be-  
29 reichen Arbeit, Soziales, Gesundheit und Umwelt sowie auf dem Weg zu einer solidari-  
30 schen Wirtschafts-, Haushalts- und Sozialunion stehen die Sozialdemokratinnen und  
31 Sozialdemokraten in der Pflicht, einen entscheidenden Beitrag zur Europapolitik zu  
32 leisten.

## **An den Parteivorstand überwiesene Anträge**

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2

3 **Die SPD wendet sich gegen eine Reform der Beratungs-/und Prozesskostenhilfe auf**  
4 **Kosten finanziell Schwächerer, insbesondere auf Kosten alleinerziehender Frauen, Ge-**  
5 **ringverdienender oder auf Transferleistungen angewiesener Menschen.**

6

7 Wir fordern die SPD -Bundestagsfraktion auf, diese geplanten Verschlechterungen zu  
8 verhindern.

9

10 Begründung:

11 Die Bundesregierung hat im November vergangenen Jahres einen Gesetzesentwurf zur  
12 Änderung des Prozesskostenhilfe- und Beratungshilferechts vorgelegt, der vordergrün-  
13 dig das Ziel verfolgt, die nach Angaben der Bundesregierung in den Jahren zuvor ge-  
14 stiegenen Ausgaben der Länderhaushalte für Prozesskosten- und Beratungshilfe zu  
15 begrenzen (im Jahr 2010 sollen die Ausgaben des Landes Bremen für Prozesskostenhilfe  
16 rund € 4,8 Mio. betragen haben, wobei jedoch die zeitgleich erhaltenen Rückflüsse in  
17 dieser Zahl keine Berücksichtigung finden).

18

19 Prozesskostenhilfe soll finanziell schwach gestellten Menschen ermöglichen, bei  
20 Rechtsstreitigkeiten mithilfe eines Anwalts Ansprüche vor Gericht geltend zu machen.  
21 Laut Gesetzesentwurf sollen nunmehr alle Bürgerinnen und Bürger, die über mehr als  
22 442 Euro pro Monat verfügen, die Prozesskostenhilfe nur noch als Darlehen bekom-  
23 men, also rückzahlbar – aber wovon? Von Arbeitslosengeld II, vom Gehalt als Minijob-  
24 berinnen/Minijobber?

25 Diese Reform verstößt in eklatanter Weise gegen das ‘Recht auf Waffengleichheit’ vor  
26 Gericht und begünstigt eine Klassenjustiz! Denn sie geht ausschließlich auf Kosten  
27 sozial Schwächerer, insbesondere auf Kosten alleinerziehender Frauen, Geringverdie-  
28 nender oder auf Transferleistungen angewiesener Menschen.

29

30 Unser Rechtsstaatsprinzip gebietet es, dass sich insbesondere Menschen mit geringem  
31 Einkommen in für sie elementaren Bereichen wie bspw. dem Familienrecht, Arbeits-  
32 recht oder Sozialrecht verteidigen können müssen. Bedürftige Rechtssuchende dürfen  
33 deshalb nicht abgeschreckt werden, die ihnen zustehenden Rechte in Anspruch zu  
34 nehmen. Der grundgesetzlich garantierte Weg zu den Gerichten bzw. zu professionel-  
35 lem Rechtsrat darf der einkommenschwachen Partei deshalb weder genommen, noch  
36 erschwert werden.

37

38 Die in dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung geplanten Änderungen wie bspw. die  
39 Absenkung der Freibeträge, die Verlängerung der Ratenzahlungshöchstdauer und eine  
40 stärkere Beteiligung der Hilfesuchenden an der Finanzierung der Prozesskosten, führen  
41 jedoch gerade (insbesondere unter Beachtung der steigenden Lebenshaltungskosten)  
42 bei Menschen mit geringem Einkommen zu einer Einschränkung des freien Zugangs zu  
43 unseren Gerichten. Diesen Weg in eine zwei Klassenjustiz gehen wir nicht mit. Keine  
44 Reformierung des Beratungs- und Prozesskostenhilferechts auf Kosten sozial Schwä-  
45 cherer.

Überwiesen an den Parteivorstand.

**An die Bürgerschaftsfraktion/  
an den Senat überwiesene Anträge**

1 Der Unterbezirksparteitag möge folgenden Antrag an den Landesparteitag stellen:

2  
3 **Abschaffung der Entgelte für weiterbildende Master-Studiengänge**

4  
5 Die SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft wird aufgefordert zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass für weiterbildende Master-Studiengänge nur dann Entgelte erhoben werden, wenn sie tatsächlich einen direkten beruflichen Bezug haben.

6  
7  
8  
9 Begründung:

10 Die konsekutiven und nicht-konsekutiven Master-Studiengänge sind bereits gebührenfrei. Den Hochschulen bleibt aber ein großer Spielraum bei der Zuteilung der Master-Studiengänge in eine der drei Kategorien. Die oben erwähnten weiterbildenden Master-Studiengänge werden gewohntermaßen direkt im Anschluss an einen Bachelor studiert und stellen somit keine weiterbildenden Angebote im klassischen Sinne dar. Darüber hinaus bieten sie nicht die Möglichkeit, parallel eine berufliche Tätigkeit auszuüben.

11  
12  
13  
14  
15  
16  
17 Um die Chancengleichheit im Bildungssystem vollständig durchzusetzen, ist auch für diese Master-Studiengänge die Gebührenfreiheit erforderlich. Zudem können Absolventinnen und Absolventen der öffentlichen Hochschulen nur mit attraktiven Master-Angeboten als zukünftige Fachkräfte in Bremen gehalten werden.

18  
19  
20  
21  
22 Die in dem Gesetzentwurf der Bundesregierung geplanten Änderungen wie bspw. die Absenkung der Freibeträge, die Verlängerung der Ratenzahlungshöchstdauer und eine stärkere Beteiligung der Hilfesuchenden an der Finanzierung der Prozesskosten, führen jedoch gerade (insbesondere unter Beachtung der steigenden Lebenshaltungskosten) bei Menschen mit geringem Einkommen zu einer Einschränkung des freien Zugangs zu unseren Gerichten. Diesen Weg in eine zwei Klassenjustiz gehen wir nicht mit. Keine Reformierung des Beratungs- und Prozesskostenhilferechts auf Kosten sozial Schwächerer.

23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
**Überwiesen an die SPD-Bürgerschaftsfraktion.**

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2  
3 **Mindestabstände zwischen Wohnen und belastender Industrie/Bundes-**  
4 **Immissionsschutzgesetz-Betrieben (BlmSchG-Betriebe)**

5  
6 Der Unterbezirksparteitag fordert die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemo-  
7 kratischen Senatsmitglieder auf, sich dafür einzusetzen, dass die Genehmigung belas-  
8 tender Betriebe, insbesondere sogenannter BlmSchG-Betriebe, in der Stadtgemeinde  
9 Bremen nur noch mit einem einheitlichen Mindestabstand zur nächstgelegenen  
10 Wohnbebauung und nach einheitlichen Kriterien erfolgt.

11 Diese Zielsetzung soll bereits in den in der Neuaufstellung befindlichen Flächennut-  
12 zungsplan aufgenommen werden.

13 Die direkte Nachbarschaft von Bebauungsplänen, die Industrie bzw. BlmSchG-Betriebe  
14 zulassen zu Bebauungsplänen, die Wohnbebauung zulassen, soll dabei abgeschafft  
15 werden, indem die Bebauungspläne entsprechend geändert werden. Darüber hinaus  
16 ist zu prüfen, auf welchem Weg solche Abstandsregelungen für das Land bzw. die  
17 Stadtgemeinde Bremen unabhängig vom konkreten Bebauungsplan rechtswirksam  
18 getroffen werden können, um eine schnellere Wirksamkeit für alle Bürgerinnen und  
19 Bürger in Bremen zu erreichen.

20 Vorrangiges Ziel ist eine Veränderung der Entwicklungsrichtung der Gewerbe- bzw.  
21 Industriegebiete in solchen Randlagen zu bestehender Wohnbebauung, nicht jedoch  
22 die Beseitigung bestehender Betriebe.

23 Der Unterbezirksparteitag fordert die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemo-  
24 kratischen Senatsmitglieder auf, auch alle rechtlich möglichen Maßnahmen zu ergrei-  
25 fen, um aktuelle Ansiedlungsvorhaben zu verhindern, die den oben genannten Zielstel-  
26 lungen entgegenlaufen. Die Überarbeitung der Bebauungspläne ist in solchen Fällen zu  
27 priorisieren. Zugleich sind – soweit solche Vorhaben erwiesenermaßen rechtlich nicht  
28 mehr zu verhindern sind - in der Nähe zu Wohnbebauung höhere Sicherheits-  
29 Anforderungen an solche Vorhaben zu stellen als in größerer Entfernung zur Wohnbe-  
30 bauung.

31  
32 **Überwiesen an die SPD-Bürgerschaftsfraktion.**

33  
34  
35 ***Zusätzliche Beschlüsse des Parteitags zu der Thematik:***

36  
37 ***Der Unterbezirksparteitag fordert gleichzeitig die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die***  
38 ***sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auf, das Gewerbeaufsichtsamt so auszu-***  
39 ***statten, dass eine angemessene Kontrolle der BlmSchG-Betriebe sichergestellt ist***

40  
41 ***Der Unterbezirksparteitag fordert gleichzeitig die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die***  
42 ***sozial-demokratischen Mitglieder des Senats auf, dass für BlmSchG-Betriebe in Ge-***  
43 ***nehmungsverfahren und deren Verlängerung das Verbesserungsgebot konsequent***  
44 ***angewandt wird und die erreichbaren technologischen Entwicklungen (bspw. Filteran-***  
45 ***lagen, Einhausungen, Lärmschutz) umgesetzt werden, um einen bestmöglichen Immis-***  
46 ***sionsschutz für die Bevölkerung und die Beschäftigten sicherzustellen.***



1 Der Parteitag des Unterbezirkes möge folgenden Antrag an den Landesparteitag  
2 stellen:

### 5 **Besserer Brandschutz für Wärmedämmverbundsysteme**

7 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bremer Senats werden aufgefordert, die Bre-  
8 mer Baubestimmungen zeitnah so zu verändern, dass der Brandschutz für Wärme-  
9 dämmverbundsysteme verbessert wird.

10 Dazu gehört, dass alle Baustoffe ihr Brandverhalten und Bauteile den Feuerwiderstand  
11 ausschließlich nach der aktuellen europäischen Norm DIN EN 13501 nachweisen. Bau-  
12 stoffe und Bauteile die nur über eine Brandschutzklassifizierung nach der nationalen  
13 Norm DIN 4102 verfügen, dürfen nicht mehr verwendet werden.

14 Zusätzlich soll sich Bremen dafür einsetzen, dass die Doppelnormung auch bundesweit  
15 beendet und die nationale Norm DIN 4102 gemäß CEN/CENELEC-Geschäftsordnung  
16 zurückgezogen wird.

#### 18 Begründung:

19 Bei der Sanierung von Fassaden kommen immer häufiger Wärmedämmverbundsys-  
20 teme aus Polystyrol zum Einsatz. Obwohl dieser Baustoff eine Zulassung nach DIN 4102  
21 besitzt, sind Brennbarkeit und dessen Einsatz an Fassaden sehr umstritten.

22 Dies beruht auf Erfahrungen aus mehreren schweren Bränden, bei denen ganze  
23 Gebäudefassaden abbrannten. Darunter ein Großbrand in Delmenhorst, wobei ein  
24 brennender Müllcontainer die Fassade von fünf miteinander verbundenen Gebäuden  
25 in Brand setzte. In allen Fällen bestand die Gebäudefassade aus synthetischen  
26 Wärmedämmverbundsystemen, wie z.B. Polystyrol.

27 In vielen Landesbauordnungen, darunter auch in der „Bremischen Liste der eingeführ-  
28 ten Technischen Bestimmungen“ [BremLTB], können die Hersteller zwischen der  
29 Brandschutzklassifizierung nach DIN 4102 und DIN EN 13501 wählen. Der in der Norm  
30 DIN 4102 vorgeschriebene Brandschachtversuch wird von vielen Baustoffexperten als  
31 „realitätsfern“ kritisiert. Rauchentwicklung, abtropfen und abfallen der Baustoffe sind  
32 in den Prüfkriterien gar nicht oder nur geringfügig berücksichtigt.

33 Aus den genannten Gründen, wurde in der aktuellen Europeanorm DIN EN 13501 der  
34 Brandschachtversuch ersetzt, die Prüfkriterien erweitert und europaweit vereinheit-  
35 licht. Auf Druck der Industrie wurde diese Europeanorm bisher nur teilweise oder paral-  
36 lel zur deutschen Normung eingeführt und somit das Wirtschaftsinteresse der Indust-  
37 rie über den Schutz von Menschenleben gestellt.

**Überwiesen an die SPD-Bürgerschaftsfraktion.**